

Auszug aus FORVM bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/tito-im-taubenloch.html>)

erstellt am: 19. April 2024

Datum dieses Beitrags: Dezember 1983

Tito im Taubenloch

Balkanleben. In solidarischer Besorgnis gewidmet Mile Ćekeljić – Red.

■ JOSEF DVORAK

Drei Jahre ist er nun schon tot, der große balkanische Revolutionär. Tito war der einzige kommunistische Staatschef, der sich niemals sowjetischen Hegemonieansprüchen gebeugt, und der (seit 1949) stets darauf geachtet hat, das Eigengewicht seines Landes in der Weltpolitik zu erhalten.

Seit dem 8. Mai 1980 liegt seine Leiche unter dem Steinblock im Gewächshaus seiner Belgrader Residenz inmitten der von ihm geliebten Rosen. Aber Tito lebte weiter als völkerverbindende Kultfigur, als übernationaler Heros des von seinen Nachfolgern bewußt forcierten Partisanenmythos, als „objektiver Geist“ in den hauptsächlich von ihm geschaffenen und bis zu seinem Tode ausgefeilten „pluralistischen“ Strukturen des jugoslawischen föderalen Systems.

Vater • Mutter • Land

Jetzt, im Zuge der schweren jugoslawischen Wirtschaftskrise, beginnt jedoch der Tito-Mythos zu verblassen, treten die Mängel der „Arbeiterselbstverwaltung“ und der „Delegierten-demokratie“ schärfer hervor, schwelen Nationalitätenkonflikte.

Besonders die Albaner der Provinz Kosovo, Mazedoniens und Montenegros sind unruhig. Diese zwei Millionen verlangen eine eigene Republik, und werden dabei vom „Mutterland“ Albanien unterstützt (Einwohnerzahl: 3 Millionen — außerdem lebt noch etwa eine Million Albaner in Süditalien, in den USA und

in anderen Ländern). Albanien ist der zweite von Moskau (seit 1961) völlig unabhängige kommunistische Staat auf dem Balkan. Seit Ende vergangenen Jahres besitzt dieses Land eine neue, angeblich liberalere Führung (die sich für Kosovo-Albaner attraktiv machen könnte). Als Galionsfigur verblieb der Greis Enver Hoxha, ein glühender Feind des Titoismus.

Loch

Wird unter diesen Umständen Titos Vermächtnis bestehen, oder muß Tito bald endgültig sterben — im Taubenloch?

„Taubenloch“ (Golubnjača) ist der Titel eines Theaterstückes des serbischen Autors Jovan Radulović, das in Jugoslawien für Aufregung gesorgt hat. In Kroatien als antikroatisch, in Bosnien-Herzegowina und der Vojvodina als großserbisch verurteilt, wurde es in Belgrad gefeiert, und in Slowenien mit einem Preis ausgezeichnet. Es spielt in einem dalmatinischen Bergdorf, wo zuerst Kroatische Ustaschen, dann serbische Partisanen jeweils die Angehörigen der anderen Seite umbringen (in ein Felsloch = „Taubenloch“ werfen). Die jungen Kroaten werden in dem Stück als Feiglinge dargestellt, die jungen Serben als Sadisten, die Partisanenführer als Psychopathen. Positiv gezeichnet ist nur ein hoher serbisch-orthodoxer Priester, der die kulturell alleinseligmachende Mission der serbischen Kirche verkündet.

Eine Spitze nicht bloß gegen Kroaten und Kommunisten, sondern auch gegen die Kosovo-Albaner, betrachten doch die (orthodoxen) Serben das Amselfeld als ihren ureigensten historisch geheiligten Boden. Der nach Titos Tod

1981 massiv ausgebrochene albanische Irredentismus in Kosovo hat die großserbische Tendenz gestärkt, was u.a. an der demonstrativen Popularität ersehen werden kann, deren sich der 1966 abgehalfterte Tito-Kronprinz und Staatssicherheitschef Aleksander Ranković in gewissen Belgrader Kreisen kurz vor seinem Tod wieder erfreuen durfte.

Polenmuster

Ein anderes literarisches Werk, der Roman „Nož“ (= das Messer) des serbischen Schriftstellers Vuk Drasković führte zu einer schweren Verstimmung zwischen Belgrad und Sarajevo. In ihm werden nämlich die bosnischen Muslime, die den Status einer eigenen jugoslawischen Nation genießen, als Verräter und „Ustascha-Verbrecher“ bezeichnet. Tatsächlich reklamieren kroatische Nationalisten das Gebiet der Republik Bosnien-Herzegowina für sich, und bedienen sich dabei der römisch-katholischen Kirche. Sie propagieren die Erhöhung des Zagreber Erzbischofs Kardinal Franjo Kuharić zum „Primas Croatiae“ (und wollen damit „polnische Verhältnisse“ herstellen. Kuharić führt die Bewegung zur Rehabilitierung und Seligsprechung des von den Kommunisten verurteilten und konfinierten Zagreber Erzbischofs Stepinać [† 1960] an.) Zum kroatischen Kirchengebiet, das solcherart „vereinigt“ werden soll, gehören neben der Republik Kroatien noch die Republik Bosnien-Herzegowina, die serbische Provinz Srijem und die strategisch wichtige montenegrinische Bucht von Kotor (das altösterreichische Cattaro). Auch wird von den kroatischen Nationalisten mit Begeisterung Papst Wojtyła zitiert, der 1980

in Paris beim Anblick einer nationalkroatischen Flagge ausgerufen hatte: „Auf der Landkarte sucht man oft vergeblich nach Völkern, denen ihr jahrhundertes Kulturgut das Recht auf volle Souveränität garantiert. Trotzdem wird ihnen ihre staatliche Unabhängigkeit vorenthalten“.

Wellenbrecher

Die letzte nationalistische Welle, die fast ganz Jugoslawien erfaßt hatte, ist von Tito 1971/72 unterdrückt worden. Im Dezember 1971 mußte Savka Dabčević Kutar, die „Königin von Kroatien“ zurücktreten — sie hatte sich von den antikommunistischen kroatischen Nationalisten zu weit mitreißen lassen. Im Oktober 1972 wurde der serbische Parteichef Marko Nikezić wegen „Anarcholiberalismus“ gesäubert — er hatte sich (zum Unterschied von den in Kroatien lebenden Serben) gegen eine Ablösung der kroatischen Führung ausgesprochen, und wurde sogar von einigen als Alternative zu Tito propagiert. Im November 1972 wurde der slowenische Ministerpräsident Stane Kavčič abgesetzt, weil er sein Land von Jugoslawien separieren und (zum Entsetzen steirischer Politiker) an Österreich anschließen wollte. Auch die (serbische) Parteiführung der zum Teil von Kroaten beanspruchten, von der ungarischen Volksgruppe bewohnten Provinz Vojvodina, der Bulgarien benachbarten Republik Mazedonien (gegen sie wurde der Vorwurf des „Nationalseparatismus“ erhoben) und der Republik Bosnien-Herzegowina (wegen des Planes, die „muslimische Nation“ abzuschaffen, und das Gebiet zwischen Serben und Kroaten aufzuteilen, traf Titos Bannstrahl.

Nationen und Moneten

Der Nationenkonflikt hatte — trotz des Überbaus aus Kulturtradition, Volkstum, Sprachen- und Schulproblem — eine sehr handfeste ökonomische Basis. Es ging um die Aufteilung des erwirtschafteten Volkseinkommens, die Verfügung über das Finanzkapital, die Zuteilung von Devisen und Krediten.

Das technologisch und technokratisch hochentwickelte, wirtschaftlich potente Musterland Slowenien (hier gibt es auch heute praktisch keine Arbeitslosigkeit) empörte sich schon 1969 ge-

gen seine Diskriminierung bei der Zuweisung internationaler Geldmittel für den Straßenbau und gegen die Verwendung slowenischer Abgaben für ineffektive „politische Investitionen“ in anderen Republiken und Provinzen Jugoslawiens.

Ähnliche Sorgen hatte auch Kroatien, das scharfe Attacken gegen die mächtigen, in Belgrad zentrierten Banken ritt. Die unterentwickelten Republiken und Provinzen (Mazedonien und Kosovo), sahen sich umgekehrt von ihren reicheren Brüdern im Stich gelassen.

Therapiestufen

Tito kehrte damals seine Rolle als auf Lebenszeit plebiszitär zum obersten Chef bestimmter Internationalist (d.h. Repräsentant der übernationalen Arbeiterschicht) hervor, und wollte die Schwierigkeiten zunächst „gesprächstherapeutisch“ beseitigen. Als dies nichts fruchtete, drohte er mit dem Einsatz der Armee, und zwang so die Uneinsichtigen zum Rücktritt.

Tito hat bis zuletzt jeden Versuch, die jugoslawischen Streitkräfte zu föderalisieren, bzw. der „Selbstverwaltungsgesellschaft“ zu unterstellen, energisch zurückgewiesen. Der kroatische General Bobetko, der solches verlangte, wurde ebenfalls gesäubert.

Brüderlicher Hilfsverzicht

Zu dieser Zeit glaubte Tito auch, das Brummen des russischen Bären zu hören: während er in Brioni mit seinen Genossen die Lage beriet, wurde (am 7. April 1971) sein Botschafter in Stockholm, Vladimir Rolović, von jungen kroatischen Nationalisten ermordet, und in Westberlin erklärte der kroatische Emigrantenchef Dr. Branko Jelić, er stehe bereit, um mithilfe der Sowjetunion Jugoslawien zu zerschlagen und einen „Unabhängigen Kroatischen Staat“ zu errichten.

Im September 1971 besuchte Breschnjew dann im Zuge einer weltweiten sowjetischen Entspannungsoffensive Tito, und es kam zu einer „Annäherung“. Jedoch blieben genügend Spannungen zurück, die sich erst beim zweiten Besuch Breschnjews fünf Jahre später in jener denkwürdigen Szene entluden, als ein zornbebender Tito seinem sow-

jetischen Amtskollegen die Zigarette aus dem Mund schlug, ihn anschrie, er lasse sich nicht wie Dubček behandeln, und ihn einen „Dreckskerl“ schimpfte.

Das Mißtrauen gegenüber möglichen sowjetischen Hegemoniebestrebungen ist auch bei Titos Nachfolgern vorhanden. So verweigern sie sich nach wie vor standhaft den Moskauer Wünschen nach sowjetischen Militär- und Marinestützpunkten in Jugoslawien.

Quadratgenie

Titos eigentlicher Geniestreich zur Abwendung der Staatskrise von 1971 war jedoch die Fortführung des Föderalisierungs- und Liberalisierungsprogramms, aber durch die andere, dem Unitarismus bzw. Zentralismus zuneigende Fraktion. Dadurch sollten beide Extreme „dialektisch vermittelt“ werden. Tito unterstrich auch die befehlende, nicht bloß behelnde Rolle der Partei, sowie den „demokratischen Zentralismus“, d.h. die Vormachtstellung des (föderalistisch genau ausbalancierten) obersten Parteikollektivs. Es war sozusagen der Versuch einer Quadratur des Kreises.

In der Zeit vom Tod Titos bis heute haben sich die partikularen Interessen stärker erwiesen als das Gemeinsame, von dem man nicht genau weiß, was es sein könnte. Im Falle eines Angriffes von außen würde sich dieses Gemeinsame jedoch sehr schnell ergeben, erklären jugoslawische Politiker ...

Nach einer Definition der Parteikonferenz von 1970 soll sich die Föderation „als Funktion der Staatlichkeit und Souveränität jeder Republik und Autonomen Provinz ergeben“. Was freilich schon eher einer Konföderation gleichkäme.

Schöne Wirtschaft

Tatsächlich sind allgemeinverbindliche Beschlüsse in den höchsten Partei- und Staatsgremien äußerst schwer zu fassen und noch schwerer durchzusetzen. Was sich auch auf die Wirtschaft sehr nachteilig auswirkt: praktisch gibt es heute kein gesamtjugoslawisches Wirtschaftsgebiet, keinen „gemeinsamen Markt“ mehr.

Die Wirtschaftskrise kann jedoch nur durch eine von ganz Jugoslawien gemeinsam durchgeführte Reform gemeis-

tert werden. Die enorme Verschuldung gegenüber dem Westen muß abgebaut werden, denn sie führt auch zu einer vielleicht nicht ganz ungefährlichen wirtschaftlichen Anlehnung Jugoslawiens an die Sowjetunion. Da viele jugoslawische Produkte westlichen Qualitätsvorstellungen nicht entsprechen, werden sie an die Sowjetunion verkauft, freilich nicht gegen Devisen (die dann an die westlichen Gläubiger zurückgezahlt werden könnten), sondern gegen Waren (Clearingverkehr). Als rabiater letzter Ausweg wird nun eine Reform à la 1956 propagiert: Öffnung der Binnenmärkte für ausländische Qualität — damit die jugoslawischen Unternehmen gezwungen werden, ihrerseits Waren zu produzieren, die auf Westmärkten konkurrenzfähig sind.

Und wieder gibt es die zwei Fraktionen: „Liberale“, die sich jeder Schmälerung der Rechte der kleineren politischen Einheiten widersetzen, und „Zentralisten“, die eine „Demontage“ der Republiken und des „Selbstverwaltungssystem“ ins Auge fassen (die sogenannte „Dekardeljisierung“, benannt nach Edvard Kardelj, dem verstorbenen jugoslawischen Chefideologen).

Die „Liberale“ lokalisiert man in Kroatien, der Vojvodina, in Kosovo und Bosnien-Herzegowina, während die „Zentralisten“ im serbischen Belgrad sitzen sollen.

Präsident Serbiens ist Titos langjähriger Verteidigungsminister General Ljubičić. Ihm wird von manchen noch eine große Karriere prophezeit.

Yugo • Albano • Kosovo

Wie das Problem Kosovo gelöst werden soll, ist jedoch völlig offen. Die dort ansässige albanische Bevölkerung hat eine sehr hohe Geburtenrate (wie in Albanien auch). Heute schon gibt es in dieser Provinz eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. Trotz beträchtlicher jugoslawischer Bundeszuschüsse wird es nicht möglich sein, für die albanische Jugend in Kosovo innerhalb der nächsten zwanzig Jahre genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Da könnte sich der Ruf nach einem „Großalbanien“ verstärken.

Im Reich Enver Hoxhas geht es zwar nicht besonders üppig zu, aber alle

haben ausreichend zu essen, und vor allem hat Albanien keinerlei Schulden im Ausland, weil jegliche Kreditaufnahme in der Verfassung ausdrücklich verboten ist. Regierungschef Shehu, der mit der Pistole in der Hand eine Änderung dieser Bestimmung forderte, endete in der Nacht zum 18. Dezember 1981 durch „Selbstmord“. Er war, wie Enver Hoxha in seinem jüngst erschienenen Buch *Die Titoisten* enthüllt, ein jugoslawischer Agent (der den Auftrag hatte, ihn umzubringen).

In dem nach Shehus Tod erfolgten Revirement kamen mit Ramiz Alia (neuer Staatspräsident und „geschäftsführender“ Parteisekretär) und Adil Cargani (Ministerpräsident) zwei *Gegen* (= Nordalbaner) ans Ruder, die über gute Beziehungen zu den Albanern Kosovos verfügen (Hoxha dagegen ist *Toske*, er kommt aus dem südalbanischen Korga). Ramiz Alias Familie stammt aus Kosovo, er selbst genießt wegen seiner lauterer humanen Gesinnung und kulturellen Aufgeschlossenheit auch bei Exilalbanern höchstes Ansehen, ein charismatischer Typ.

Die Jugoslawen weisen die Forderung, die Autonome Provinz Kosovo in den Rang einer Republik der jugoslawischen Föderation zu erheben, strikt zurück. So kann auch der (nach der marxistisch-leninistischen Theorie zulässige) Wunsch nach Lostrennung nicht geltend gemacht werden. Gegen die jugoslawische Armee hätten die Kosovo-Albaner auch mit militärischer Unterstützung aus Tirana keine Chancen.

Es gibt allerdings ein Szenario, in dem eine Vereinigung Kosovos mit Albanien vorkommt. Ob jemand je das Wagnis auf sich nehmen wird, es zu realisieren, ist eine andere Frage.

Brüderliche Falle

Im Jahre 1947 schloß Enver Hoxha, um sich gegen die Titoisten in seinem Politbüro abzusichern (sie planten den Anschluß Albaniens an Jugoslawien — ihr Protagonist Koçi Xoxe wurde 1949 hingerichtet), einen Beistandspakt mit Bulgarien. Obwohl Hoxha ihn heute als „gegenstandslos“ bezeichnet, beharren die Bulgaren immer noch auf ihm. Hoxha vereinbarte mit Stalin ein kleines Intrigenspiel: Stalin wollte Milovan Djilas zum Versuch einer jugoslawischen Annexion Albaniens verleiten, dann wäre

Bulgarien gegen Jugoslawien marschiert, hätte dabei den Kürzeren gezogen, und schließlich wären die Sowjets als Ordnungsmacht auf der Bildfläche erschienen. Aber Tito ging nicht in die Falle.

1961 brach Hoxha seine Beziehungen zu den Sowjets ab, weil Chruschtschow ihn zwingen wollte, sich mit Tito zu versöhnen. Dreizehn Jahre später kam Enver Hoxhas Haß auf Tito wieder den Russen zugute: Chinas Ministerpräsident Tschou-En-lai bastelte an einem antisowjetischen Militärbündnis zwischen Albanien, Jugoslawien und Rumänien. Es kam nicht zustande, weil Hoxha den mit den Vorarbeiten dazu beauftragten albanischen Verteidigungsminister Beqir Balluku 1974 hinrichten ließ, und auch mit den Chinesen brach.

Aber auf bulgarische Annäherungsversuche reagierte Hoxha bis heute feindselig, und er versicherte mehrmals, im Falle eines Angriffs auf Jugoslawien werde Albanien dem bedrohten Nachbarn sofort zu Hilfe eilen. Auch die neuen Männer in Albaniens Führung sprechen ähnlich, wenn auch mit merklich weniger Begeisterung. Wie sie sich nach Hoxhas Tod den massiven sowjetisch-bulgarischen Werbungen gegenüber verhalten werden, ist schwer vorauszusehen. Auch hängt viel von der endgültigen Regelung von Breschnjews Nachfolge im Kreml ab: so hoffen die Albaner auf ein Zurückdrängen Andropows durch die Fraktion der sowjetischen Militärs.

Lichte Zukunft

Sollte Jugoslawien seine inneren Probleme nicht lösen, und die Föderation zerfiele, dann würden im jugoslawischen Süden Bulgarien (das auf Mazedonien schießt), Albanien (das dann wohl Kosovo „heimholen“ dürfte) und die Sowjetunion als lachende Erben übrigbleiben. Die Russen könnten dann wieder in der Adria baden gehen.

Auch am Balkan tickt eine Zeitbombe.

Josef Dvorak: Jahrgang 1934, gelernter Theologe und Tiefenpsychologe. Langjähriger Gerichtsreporter und außenpolitischer Redakteur bei Tageszeitungen, von 1973 bis 1995 Mitglied der Redaktion des

FORVM. Er ist heute freier Forscher und Publizist und beschäftigt sich vor allem mit der Geschichte der Psychoanalyse, des Okkultismus und ide-

ologischer Minderheiten.
Lizenz dieses Beitrags
Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels